

20.02.2020

Presseerklärung

Stellungnahme zu gebrochenen Abstandsversprechen und Windkraftabzockerei

Wenn Bürgerinitiativen gegen den weiteren Zubau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein am Donnerstag, 20.02.2020 vor Beginn der Parlamentssitzung vor dem Landtag in Kiel demonstrieren, dann ist das eine lautstarke Stellungnahme der Bürgerinnen und Bürger gegen den dritten Entwurf der Regionalplanung Wind und gegen jeden weiteren Zubau von Windkraftanlagen.

Der Protest der Menschen richtet sich gegen die Nichtbeachtung ihrer berechtigten Forderung nach mehr Respekt vor dem Schaden, den Windkraftanlagen nachgewiesener Maßen den direkten Anwohnern zufügen. Der permanente Lärm von Windkraftanlagen schädigt die Gesundheit der Anwohner. Die von jedem anderen Lärmverursacher peinlichst einzuhaltenden Grenzwerte werden im Falle der Windkraftanlagen mit Wissen der Landesregierung zu Gunsten der Windkraftanlagenbetreiber nach unten korrigiert.

Ministerpräsident Günther hatte vor seiner Wahl den Menschen im Land größere Abstände versprochen, eben weil ein akzeptierter Windkraftausbau nicht auf Kosten der Menschen stattfinden darf. Mittlerweile hat er sich von jeglicher Verantwortung für einen für Mensch und Natur verträglichen Windkraftausbau entfernt und hält die Schädigung der Anwohner für vertretbar.

„Es ist nicht verwunderlich, dass die betroffenen Menschen sich betrogen fühlen“, stellt Dr. Susanne Kirchhof, Vorsitzende des Landesverbands der windkraftkritischen Bürgerinitiativen Vernunftkraft Schleswig-Holstein fest. „Ministerpräsident Günther hätte zuletzt nach dem Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Altmaier, bundesweit einheitliche Mindestabstände von 1000 m zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung einzuführen, diese Möglichkeit auch für Schleswig-Holstein umsetzen können. Er hat allerdings im Gegenteil als Erster für geringere Abstände plädiert. Das ist skandalös. Keiner der Menschen, die ihn in der Hoffnung auf Entlastung gewählt haben, wird ihm zukünftig glauben. Der Ministerpräsident hat massiv Vertrauen verspielt.“

Die Bürgerinitiativen prangern außerdem den Zubau von Windkraftanlagen ohne zureichende Leitungskapazitäten oder Speichermöglichkeiten an. Durch die garantierte Einspeisevergütung und außerdem die garantierte Entschädigung bei Abregelungen der Anlagen, ist es für die Anlagenbetreiber egal, ob der Strom gerade gebraucht wird oder nicht, da sie ihr Geld in jedem Fall bekommen. Vor dem Hintergrund immer weiter steigenden Strompreise, die besonders für sozial Schwache katastrophale Folgen haben können, ist die angebliche Wertschöpfung aus Windkraft reine Abzockerei.